

Beiträge zum  
Widerstand 1933-1945

**BERLIN**

**22**

---

ERICH KLAUSENER

ZUM WIDERSTAND  
DER KATHOLIKEN  
IM DRITTEN REICH

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

## **Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich\***

Der Dokumentarfilmer Erwin Leiser hat kürzlich erklärt, über die Geschichte der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland dürfe niemand reden, der zu dieser Zeit in Deutschland gelebt habe.

Mir ist dieser Tage in einer Diskussion ein Satz vorgehalten worden, der sich im katholischen Feldgesangbuch der Wehrmacht befand, das Feldbischof Franz Justus Rarkowski herausgegeben hatte. Der Satz war schlimm. Aber ich mußte sagen: Dieses Feldgesangbuch habe ich nie gesehen – weder in der Heimat noch an der Front –, obwohl ich fünf Jahre Soldat war. Ich habe auch nie in dieser Zeit irgendeine Nachricht oder einen Brief, irgendein Lebenszeichen des Feldbischofs empfangen. Er war für uns Soldaten eine Unperson.

Dagegen wußten wir, daß unsere Heimatpfarrer keine Rundbriefe an uns schicken durften. Auch unser Priesterseminar durfte sich nicht an seine Seminaristen in einem Rundbrief wenden. Es waren nur einzelne Briefe an einzelne erlaubt. Die Briefkontakte mit den Heimatgeistlichen wurden bewußt erschwert, denn man fürchtete wohl, daß in solchen Briefen Defätismus verbreitet werden könnte.

Was will ich mit diesem Beispiel sagen? Es genügt nicht, Akten und Dokumente zu lesen, wenn man nicht ihr Umfeld kennt oder kennenzulernen versucht. Jeder befrage seine eigene Erfahrung. Wie leicht kann ein Brief, zufällig irgendwo aufgefunden, aus dem Zusammenhang gerissen, ganz und gar mißverstanden werden, etwa auch Briefe, die Liebende miteinander austauschen.

Leiser hat jedoch insoweit recht, als sich jeder, der über diese Zeit redet, genau identifizieren sollte. Ich bin 1917 geboren und habe die entscheidenden Jahre meiner Jugend in Berlin verbracht, habe 1936 am Jesuiten-, „Gymnasium am Lietzensee“, das noch existierte, Abitur gemacht, begann dann das Theologiestudium in Frankfurt/Main und habe 1938 sieben Monate Reichsarbeitsdienst hinter mich gebracht. Schließlich war ich seit 1940 fünf Jahre Soldat, immer als Mannschaftsdienstgrad. Zum Priester geweiht wurde ich erst nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft. Ich will hinzufügen: schon 1934 wurde meine Familie vom SS-Staat schwer getroffen, damals haben wir viel Solidarität in der Kirche erfahren, ich kannte viele Menschen, die trotz Nationalsozialismus ihren eigenen Weg konsequent gingen.

---

\* Vortrag in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße am 25. 3. 1982

So wird in vielem die Perspektive des Miterlebten oder doch Betroffenen meine Darstellung bestimmen.

Nun zum Thema. Zuerst sind Begriffe zu klären. Was ist Widerstand? Bezeichnenderweise spricht das Thema vom Widerstand **im** Dritten Reich. War nicht vielmehr Widerstand **vor** dem Dritten Reich notwendig? Und wer hätte diesen Widerstand leisten können?

Zuerst selbstverständlich diejenigen, die im Vor-Nazi-Staat die Macht in Händen hatten. Ein entscheidendes Datum der Vor-Hitler-Geschichte war sicher der „Preußen-Schlag“ am 20. Juli 1932. Für einen großen Teil der Katholiken sprach damals in Preußen und in anderen deutschen Ländern (außer Bayern) die sozial geprägte Zentrumspartei. Sie war engagiert am Aufbau der Weimarer Republik beteiligt. Das Zentrum besaß in dieser Zeit weitgehend das Vertrauen der Bischöfe. In Preußen bestand fast durchgehend von 1919 bis 1932 eine Koalition, der SPD und Zentrum angehörten. Diese Koalition war in kleineren rechtskatholischen Kreisen nicht unangefochten. Wie immer – diese Koalition trug in Preußen 1932 die Verantwortung.

Aber die Koalition verfügte zu dieser Zeit nicht mehr über die Mehrheit im preußischen Landtag. Dort waren die Radikalen – Nationalsozialisten und Kommunisten – übermächtig geworden. Die „schwarz-rote“ Koalition war seit den letzten Wahlen in Preußen in der Minderheit. Es gab nur noch eine geschäftsführende Regierung. Aber immerhin: sie hatte die Macht des Staates in der Hand.

Im Juli 1932 wurde bekannt, daß der von Hindenburg eingesetzte Reichskanzler Franz von Papen durch einen Staatsstreich diese Regierung beseitigen wolle. Sie war eines der letzten Bollwerke gegen Hitler. Die Machtmittel des preußischen Staates lagen in der Hand des Innenministers Carl Severing, er war einer der integersten Männer der SPD, aufgestiegen vom Handwerker über eine Gewerkschafts- und Parteilaufbahn bis zum Minister, andererseits ein Mann, der durch Selbststudium ein umfassend gebildeter Humanist war. Ihm wurde am Morgen des 20. Juli 1932 die Frage vorgelegt, ob die preußische Polizei in Alarm versetzt und zum Widerstand gegen den bevorstehenden Staatsstreich eingesetzt werden sollte. Severing hat den Männern, die ihm diesen Vorschlag machten, die Frage vorgelegt, ob sie garantieren könnten, daß es dann zu keinem Blutvergießen komme. Das konnte niemand in dieser Stunde garantieren, wenn die Verantwortlichen auch überzeugt waren, daß die Reichswehr nicht eingreifen werde. Die Polizei wurde nicht in Alarm versetzt. Der Rest war Kapitulation und die Vorstellung der Minister Hirtsiefer – er vertrat den abwesenden Ministerpräsidenten Otto

Braun – und Carl Severing, man könne über eine Klage beim preußischen Staatsgerichtshof den alten Zustand wiederherstellen.

Severings Motive für seine Entscheidung – das muß ausdrücklich gesagt werden – waren menschlich tief verständlich. Er wollte dem Volk, das unter einer großen Wirtschaftskrise litt und in dem 5,6 Millionen Menschen arbeitslos waren, nicht auch noch einen Bürgerkrieg zumuten. Und doch war seine Entscheidung ein tragisches Mißverständnis der ehernen Logik der Geschichte. Niemand kann ungestraft auf die Macht verzichten, die ihm legal gegeben ist, um das Recht zu schützen. Karl Jaspers hat einmal gesagt: „In der Politik handelt es sich um den Ernst der Macht, die auf dem Einsatz des Lebens gründet.“ Der 20. Juli 1932 hat bei vielen Menschen das Gefühl ausgelöst, Hitler sei unvermeidbar.

Und die Katholiken in der Vor-Hitler-Zeit? Man sehe die Wahlanalysen des Jahres 1932 und der Märzwahl 1933. Hier ist ganz deutlich zu sehen, daß Hitler keine Mehrheiten dort erhielt, wo die Mehrheit der Bevölkerung katholisch war.

Nun einige Bemerkungen zu der ersten Zeit nach der Machtergreifung. Zuerst wollte es scheinen, als sei Hitler im Augenblick der Machtergreifung beinahe maßvoll geworden. Die meisten Minister des ersten Kabinetts, das er bildete, waren keine Nationalsozialisten. Entscheidende Ressorts wie das Wirtschaftsministerium, das Finanzministerium, das Justizministerium und das Außenministerium überließ er „Nicht-Nationalsozialisten“.

Es gab viele Gründe, warum es damals nicht zu einem Volksaufstand oder einem Generalstreik gegen Hitler kam. Da war eine weitverbreitete Volksstimmung: „Laßt ihn doch wenigstens einmal versuchen. Vielleicht wird er mit den Problemen der großen Krise Deutschlands eher fertig.“ Aber, wie gesagt, die Mehrheit der Katholiken hat auch bei der Märzwahl keine Hoffnung auf Hitler gesetzt und blieb der Zentrumspartei treu. So hatte es ihnen auch ein Wahlhirtenbrief der deutschen Bischöfe nahegelegt.

Nach der Märzwahl kam dann der große „Umfall“. Es wurden alle nicht-nationalsozialistischen Organisationen innerhalb weniger Tage und Monate weggeschwemmt. Mit dem Slogan „Gebt mir vier Jahre Zeit“ traf Hitler genau die Stimmung des überwiegenden Teils der deutschen Bevölkerung. Viele glaubten: „Wenn einer in der Opposition ist, dann redet er viel; wenn Regierungsverantwortung auf ihm liegt, muß er zwangsläufig anders werden und zurückstecken.“

Johannes XXIII., der „gute Johannes“, hat 1963 in seiner berühmten Enzyklika „Pacem in terris“ (ohne jeden Blick auf das Jahr 1933!) folgende allgemeine Feststellung getroffen: „Es ist durchaus angemessen, bestimmte Bewegungen, die sich mit wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Fragen oder der Politik befassen, zu unterscheiden von falschen philosophischen Lehrmeinungen über das Wesen, den Ursprung und das Ziel der Welt und des Menschen, auch wenn diese Bewegungen aus solchen Lehrmeinungen entstanden oder von ihnen angeregt sind. Während die in einem System gefaßte und endgültig niedergelegte Weltanschauung nicht mehr geändert werden kann, unterliegen diese Bewegungen dort, wo sie sich mit den je und je sich wandelnden Verhältnissen befassen, doch notwendigerweise diesen Veränderungen. Wer kann übrigens leugnen, daß in solchen Bewegungen, soweit sie sich den Gesetzen einer geordneten Vernunft anpassen und die gerechten Forderungen der menschlichen Person berücksichtigen, etwas Gutes und Anerkennenswertes sich finden kann.“

Wenn man will, haben sich die deutschen Bischöfe 1933 im „vorgreifenden Gehorsam“ an diese Überlegungen gehalten. Nachdem Hitler in seiner Rede zur Eröffnung des Reichstags in Potsdam (21. März 1933) einige Zugeständnisse auch in weltanschaulichen Fragen zu machen schien, wurde das Verbot für Katholiken, der NSDAP anzugehören, aufgehoben. Aber man sollte die damalige Erklärung der Bischöfe bis zu ihrem Ende lesen. Da steht nämlich: „In Geltung bleibt die so oft in feierlicher Kundgebung an alle Katholiken ergangene Mahnung, stets wachsam und opferfreudig einzutreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für Schutz der christlichen Religion und Sitte, für Freiheit und Rechte der katholischen Kirche und Schutz der konfessionellen Schule und katholischen Jugendorganisationen. In Geltung bleibt endlich die so oft und eindringlich ergangene Aufforderung, für Ausbreitung und Wirksamkeit der katholischen Vereine, deren Arbeit so überaus segensreich ist für Kirche, Volk und Vaterland, für christliche Kultur und sozialen Frieden, stets in weitblickender Umsicht und mit treuer, opferwilliger Einigkeit einzutreten.“

Gerade diese letzten Sätze konnten für Hitler kaum anders klingen als ein Aufruf zum Widerstand. Die Taktik wurde geändert, nur eine Front zurückgenommen. Die Bischöfe waren nach der Märzwahl 1933 in einer schwierigen Situation. Bisher war die Zentrumspartei die politische Stütze des Katholizismus, ihr Einfluß sank von Tag zu Tag. Die Bischöfe wurden in bisher ungewohnter Weise unmittelbar politisch gefordert. Außerdem entlud sich die Wut der neuen Machthaber „vor Ort“ gegen die kleinen Zentrumsleute, die vielfach in den Kommunen und staatlichen Einrichtungen sofort auf die Straße flogen.

Die Bischöfe in ihrer Mehrheit wollten verhüten, daß die Lasten für die katholischen Familien zu groß würden. Ich habe an der Tür meines Elternhauses Menschen stehen sehen, die in den ersten Tagen nach dem 5. März alles verloren hatten, aus Amt und Wohnung vertrieben waren und die nun irgendwo Schutz oder eine Möglichkeit zu neuem Beginn suchten. Ich weiß nicht, wie mein Vater sie aufgerichtet und ihnen geholfen hat, aber er versuchte zu helfen. Die Bischöfe glaubten, einen Kompromiß eingehen zu müssen, damit nicht jeder Katholik sogleich zum Staatsfeind gestempelt und damit einen neuen Makel tragen müsse.

Die Bischöfe sahen andererseits auch die Einheit der Katholiken in Gefahr. Sie fürchteten, daß ein entschiedener Widerstand gegen Hitler inzwischen von größeren Gruppen innerhalb des Katholizismus nicht mehr mitgetragen würde. Darum ist der zweite Hirtenbrief des Jahres 1933 (erst recht heute) vielen unverständlich. Da steht ganz deutlich, daß die Bischöfe „weit davon entfernt“ sind, „dieses nationale Erwachen zu unterschätzen oder gar zu verhindern“. Es heißt dann aber, die deutschen Katholiken brauchten „keine Neueinstellung dem Volk und Vaterland gegenüber“, sondern setzten „höchstens bewußter und betonter fort, was wir bisher schon als unsere natürliche und christliche Pflicht erkannten und erfüllten“. Dann heißt es weiter: „Wir erblicken . . . in Volk und Vaterland herrliche natürliche Güter und in der wohlgeordneten Vaterlandsliebe eine von Gott geschenkte schöpferische Kraft, die nicht nur die Helden und Propheten des Alten Testaments, sondern auch den göttlichen Heiland beseelte . . . Auch die Apostel vergaßen bei aller Gegensätzlichkeit auf dem religiösen Gebiete den Zusammenhang mit ihrem Stammvolk nicht. Sie erhofften immer noch Israels Heil, wenn auch erst in den fernsten Zeiten.“

Es wird heute soviel gefragt, was die Kirche für die Juden getan habe. Für einen Nationalsozialisten mußte das soeben angeführte Zitat ein Affront gegen seine ganze Weltanschauung sein. Hier wurden nämlich die Juden den Deutschen als Vorbilder der Vaterlandsliebe hingestellt. Wahrscheinlich ist das heute überhaupt nicht mehr nachvollziehbar, was ein solcher Satz in der damaligen Umwelt bedeutete.

Der ganze Hirtenbrief war ein Ja – aber, ein Ja zu Hitler, aber mit ungezählten Vorbehalten, die immer wieder an die Substanz des Nationalsozialismus gingen.

Haben die Menschen das verstanden und Folgerungen daraus gezogen? Ich kann nur aus meiner Erinnerung sagen: die Jugendbünde innerhalb der katholischen Kirche bestanden auf ihrem Eigenleben und

gaben dies auch demonstrativ kund. Über 1000 Jugendliche aus dem Bund Neudeutschland, einer Vereinigung katholischer Oberschüler, standen in einem riesigen Karree in weißen Hemden am Abend des 8. Dezember 1933 auf dem Platz vor der St.-Hedwigs-Kirche – also kaum einen Kilometer von der Reichskanzlei entfernt – und legten ein Bekenntnis zu ihrer Kirche, gewiß auch zu ihrem Vaterland ab, aber doch in einer Weise, wie dies für Hitler unakzeptabel war.

Weil es genau die Stimmung jener Zeit erfaßt, möchte ich von einem Ereignis sprechen, das mich sehr persönlich angeht. Am 25. Juni 1933 fand im Grunewaldstadion, das an der Stelle des heutigen Olympiastadions stand, der 31. Märkische Katholikentag statt. 55 000 Gläubige füllten das Stadion. Über die Rede bei der Bekenntnisstunde, die im Anschluß an die Eucharistiefeier stattfand, sagte ein Augenzeuge, sie wäre „getragen von religiösem und patriotischem Pathos gewesen“. Ich gestehe, daß mir vieles an dieser Rede heute unverständlich erscheint. Im nachhinein ging es in dieser Rede nur noch um diesen einen Satz: „Wir müssen uns alle klar werden und sein, daß mit äußeren Mitteln allein die sittliche Wiedergeburt unseres Volkes nicht bewerkstelligt werden kann. Wenn die Revolution der nationalen Erhebung nicht begleitet wird von einer Revolution der inneren geistigen Erneuerung, dann ist alle Kraft und alle Arbeit und alles Mühen vergebens. Und hier stehen wir erst am Anfang.“ Kommt noch hinzu: eine leidenschaftliche Verteidigung der katholischen Arbeitervereine. Robert Ley\* hatte kurz zuvor die katholischen Arbeitervereine scharf angegriffen und als Feinde des Staates bezeichnet. In diesem Zusammenhang sagte der Redner: „Nichts wäre schlimmer, wenn man in Deutschland und gerade in der jungen Generation jetzt . . . in die gleichgültige, gedankenlose Einordnung in ein vollkommenes Staatssystem“ verfiel.

Vielleicht ist es heute unverständlich, daß diese Rede im Grunewaldstadion Alfred Rosenberg, dem Chefideologen der Nationalsozialisten, wichtig genug war, um sie in einem Leitartikel des „Völkischen Beobachters“ an hervorragender Stelle des Blattes am nächsten Tag anzugreifen. Er attackierte den Laien, der diese Rede gehalten hatte, mit den Worten: „Der Zentrumsmann Dr. Klausener sieht also den 14jährigen Kampf Adolfs Hitlers und die große Erhebung unseres Volkes, wie sie in den Nationen nur alle Vielhunderte von Jahren beschert werden kann, als eine von noch nicht genügend innerer Geistigkeit getriebene Bewegung an.“ Vielmehr sei die Tatsache des Sieges der Revolution ein Triumph geistiger Kraft, seelischer Disziplin und eines unerhörten Charakterwillens.

---

\* Nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften im Mai 1933 Führer der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF)

Rosenberg weiter: „Und wenn jetzt ein bald vergessener Ministerialrat . . . kommt und über den Mangel an Geist jammert, dann zeigen er und alle seine Anhänger, daß sie von diesem staatlichen Willen Deutschlands trotz stärkster symbolischer Akte in diesen Monaten noch nichts begriffen haben. Diese Zurückweisung der rein ins Politische ragenden Reden auf dem Katholikentage, welche offenbar bezweckten, die Früchte der deutschen Revolution in die Scheunen einer Konfessionspolitik zu sammeln, war notwendig, damit sich die nationalsozialistische Bewegung und damit ganz Deutschland Rechenschaft darüber ablegt, wie die Führer der ‚Katholischen Aktion‘ und der Zentrumsgeistlichkeit auch heute noch denken.“

Es wurden auch Konsequenzen in diesem Leitartikel angedeutet, die der Redner des Grunewaldstadions und andere „mit ungeheuerlichen Redensarten heraufbeschwören könnten“. Ich weiß, daß am Nachmittag des Katholikentags viele mit der Verhaftung des Redners rechneten und habe seine Reaktion auf solche Gerüchte und Spekulationen erlebt. Er war der Meinung, das gesagt zu haben, was man habe sagen müssen und dieses in einem Rechtsstaat zu sagen, auch erlaubt sei. Das war sicher ein Irrtum, an die Fiktion des Rechtsstaats zu dieser Zeit noch zu glauben.

Ein Jahr später war dann der 32. Märkische Katholikentag auf der Galopprennbahn Hoppegarten. Dort waren etwa 60 000 bis 70 000 Katholiken. Es war wieder eine Bekenntnisstunde im Anschluß an die Eucharistiefeier. Es fiel dabei kein politisches Wort, nur im spontanen Schlußwort, das der Vorsitzende der Katholischen Aktion Berlin dann sprach, war von der Liebe die Rede, die alle Volksgenossen umfassen müsse, und in der Art der Formulierung, vor allem auf dem Hintergrund einiger öffentlicher Reden der letzten Tage, konnte dies nur so verstanden werden, daß diese Liebe auch die jüdischen Mitbürger einschließen müsse. So jedenfalls haben wir teilnehmenden jungen Leute das verstanden. Die nationalsozialistischen Beobachter sahen sicher auch die Begeisterung, mit der vor allem junge Katholiken in Hoppegarten dabei waren.

Sieben Tage später — am 30. Juni 1934 — wurde der Mann, der 70 000 Menschen zur Liebe gegen jedermann aufgefordert hatte, erschossen. Hermann Göring hat später bei Verhören in Nürnberg gesagt, er nehme diesen Mord auf seine Kappe, der Mann habe ja wenige Tage vor seinem Tod 70 000 Menschen versammelt.

War das nun Widerstand? Subjektiv war es sicher kein Widerstand. Hier hat ein Mann den Freiraum ausnutzen wollen, von dem er glaubte, daß er



noch in unserem Vaterland bestand. Das war ein Irrtum, denn in den Augen der Nationalsozialisten war das objektiv Widerstand gegen Idee und Bewegung, um so schlimmer, als sich diesem Widerstand Zehntausende anschlossen.

Jetzt habe ich noch nichts über das Reichskonkordat gesagt. Es war sicher Hitlers taktisches Konzept, durch ungewöhnliche Angebote den deutschen Katholizismus auf dem Weg über den Papst zu umarmen und mundtot zu machen. So sahen es zweifellos auch Papst Pius XI. und sein Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli. Aber wer wollte verantworten, Hitlers Angebote abzulehnen? Das wäre erneut zu Lasten des kleinen Mannes gegangen und wahrscheinlich von ihm auch nicht verstanden worden. Darf die Kirche überhaupt von vornherein immer mit dem Bösen in den Absichten ihres Gegenübers rechnen? Muß sie sich nicht dem guten Willen, der einmal gezeigt wird, öffnen? Illusionen über das Reichskonkordat sind sicher mit den Schüssen vom 30. Juni 1934 zerstört worden. Es blieb nur noch seine Funktion als Schutzmauer, hinter der man sich immer einmal wieder verstecken konnte bzw. von der aus man gegen örtliche Nationalsozialisten operieren konnte. Das ist in vielen Einzelfällen geschehen und hat in vielen Fällen Menschen geholfen.

Die erste Folgerung also: Es gab objektiven Widerstand in der ersten Zeit des Nationalsozialismus. Das kann man auch in den Geheimberichten der Gestapo nachlesen. Es gab da und dort – vor allem in katholischen Gegenden – noch die Illusion, man könne den Nationalsozialismus von innen her aufweichen und umkehren. Diese Phase war mit dem 30. Juni 1934 wahrscheinlich weitgehend beendet.

Ich möchte jetzt auf ein Faktum hinweisen, das meist völlig übersehen wird. Weiten Kreisen der Bevölkerung erschien es 1933 so, als verlange Hitler von den Menschen nur gute Taten. Er appellierte an ihre Selbstlosigkeit, an ihre Anständigkeit, an ihre Treue, um endlich die gewaltige wirtschaftliche Not im eigenen Land zu überwinden. Gerade darum war der Widerstand gegen Hitler so schwierig. Der Politologe Hans Buchheim sagt dazu: „Gegenüber dem offenen Terror gibt es keinen Zweifel, da er zu verabscheuen ist; wenn jedoch das Böse in der Gestalt des geschichtlich Notwendigen, des Gemeinnutzes, des Wohles des Volkes oder der Klasse auftritt, gerät der Mensch in schier unauflösbare sittliche Konflikte. So gehören diktatorische Regierungsweise, offene Gewalt und Freiheitsberaubung zwar auch zur totalitären Herrschaft, ihr eigentliches Merkmal aber ist die schleichende Vergewaltigung des Menschen durch Perversion des Denkens und des sozialen Lebens.“

Wie weit das ging, kann man an einer Rede Adolf Hitlers ablesen, die er

am 17. Mai 1933 im Reichstag gehalten hat: „Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker. Aus dieser selben Gesinnung heraus möchten wir aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens.“ Kurz zuvor hatte Präsident Roosevelt anlässlich der Weltwirtschaftskonferenz in London einen Appell für Frieden und Abrüstung an die Staaten der Welt gerichtet. Dazu sagte Hitler in dieser Rede vor dem Reichstag, dies verpflichte die deutsche Reichsregierung zu „warmem Danke“. Einer solchen Friedenserklärung Hitlers haben damals sogar auch die Sozialdemokraten zugestimmt, obwohl sie das Ermächtigungsgesetz verweigert hatten.

Ich möchte hier eine Frage einfügen, der man sich stellen muß. War es möglich, sich aus den Fängen des beginnenden Totalitarismus zu lösen? Dem ersten Kabinett Hitler gehörte u. a. Paul Freiherr von Eltz-Rübenach an, Reichspost- und Reichsverkehrsminister, gläubiger Katholik, fast an jedem Sonntag an der Kommunionbank in St. Hedwig, moselländischer Adliger aus verarmtem Geschlecht, hatte es über ein Maschinenbaustudium zur Karriere in der Reichsbahn gebracht und war 1932 vom Reichsbahndirektionspräsidenten zum Verkehrsminister befördert worden, weil ihn mit Herrn von Papen eine Kriegsbekanntschaft verband. Seiner Herkunft nach war ihm das sozialbewußte Zentrum und seine sog. „Erfüllungspolitik“ zuwider. Er lehnte im September 1935 eine Einladung zur Inthronisation des neuen Bischofs von Berlin, Dr. Konrad Graf von Preysing, in die Hedwigskirche aus Protest gegen einen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 20. August 1935 ab, in dem die Bischöfe gegen die wachsende antikatholische Propaganda der Nationalsozialisten protestiert hatten. Sie verglichen das neu aufgekommene Schlagwort vom politischen Katholizismus mit dem marxistischen Grundsatz, Religion sei Privatsache. Im Hirtenbrief hieß es: „Die neue Kampflösung vom politischen Katholizismus, der Vorwurf, die Katholiken kümmern sich zuviel um staatsrechtliche Dinge, kann nur auf urteilslose Menschen Eindruck machen, nur auf Menschen, die nicht fragen, warum man soviel von den Dienern der Religion spricht, die angeblich in das staatliche Gebiet übergreifen und so wenig spricht von den Politikern, die auf das religiös-kirchliche Gebiet übergreifen . . . Denkende Menschen werden fragen, was man denn überhaupt unter politischem Katholizismus verstehe und worin er sich vom religiösen Katholizismus unterscheide. Es könnte sonst einem Übereifrigen einfallen, in jeder Prozession, in jedem Priestertalar auf der Straße, eine Herausforderung zu erblicken und jedes Glockengeläut als Störung der öffentlichen Ruhe zu verbieten. Die Losung vom politischen Katholizismus könnte gar zu leicht ein Freibrief werden für jede Willkür gegen die Katholiken überhaupt und eine Hand-

habe, um irgendeinen mißliebigen Priester ins Gefängnis zu bringen, Ordensleute ohne gerechte Untersuchung in die Verbannung zu schicken und die Leidenschaften der Gasse gegen irgendeinen treu katholischen Privatmann aufzupeitschen.“

Aber Freiherr von Eltz, der sich gegen diesen Hirtenbrief verwahrte, suchte um die gleiche Zeit den NS-Kirchenminister Kerrl auf. Über dieses Gespräch hat er in Aufzeichnungen vermerkt: „Ich habe am Anfang und nochmals am Schluß der etwa einstündigen Unterredung H. Kerrl darauf hingewiesen, daß die Spannungen zwischen Kirche und Partei m. E. durch die maßlose Propaganda entstanden seien, die hervorragende Parteimitglieder gegen das Christentum und die Kirche in Wort und Schrift betrieben. Es sei verständlich, daß dadurch das Vertrauen der Kirche gegenüber den Erklärungen des Führers erschüttert sei und in die Abwehr- und Kampfstellung hätte gedrängt werden müssen. H. Kerrl stimmte dem vorbehaltlos zu. Er meinte, daß die Bischöfe sich in einer sehr schwierigen Stellung befänden, weil bei vielen von ihnen der Wille und Wunsch entgegenzukommen, mit der scharf ablehnenden Haltung der Kurie nicht leicht vereinbar sei, die zu einem absoluten Bruch hinneige.“ Es schien mir gut, auch den letzten Satz hier zu zitieren, wenn er auch mehr die Wunschvorstellungen Kerrls widerspiegelt als die Tatsachen: Kurie und Bischöfe waren sich einig.

Im Spätherbst 1935 begann sich der Zwangsabbau der katholischen Schulen in Berlin abzuzeichnen. Eltz-Rübenach war dadurch nicht nur persönlich getroffen, weil sein eigener Sohn das Berliner Jesuitengymnasium besuchte, sondern auch weil er darin eine flagrante Verletzung des Reichskonkordats sah. Dies hat Eltz auch dem Führer am Ende eines dienstlichen Vortrags erklärt. Als Hitler ihm heftig in die Rede fuhr, sagte Eltz-Rübenach: „Gestatten Sie, mein Führer, ich mache darauf aufmerksam, wir haben einen Eid auf die Verfassung geschworen, und ich halte meine Eide.“ Darauf lenkte Hitler plötzlich ein und erklärte: „Ich danke Ihnen für dieses offene Wort.“

Ich entnehme dieses Gespräch Aufzeichnungen des Freiherrn von Eltz. Als dem Reichskabinett ein Gesetz über die Hitlerjugend vorgelegt wird, meldet sich Eltz-Rübenach umgehend zu einem Vortrag beim Führer. Das ist am 27. November 1936. In diesem Gespräch, so Eltz, erklärte Hitler ihm, er wolle zum Frieden mit der katholischen Kirche kommen. „Die Kirche dürfe sich aber den Staatsnotwendigkeiten nicht verschließen und müsse in den Fragen, in denen sie auf Grund ihrer Lehre nicht mitgehen könne (Judengesetzgebung, Sterilisation), keine feindliche, sondern eine neutrale Haltung dem Nationalsozialismus gegenüber einnehmen.“ Eltz-Rübenach bittet daraufhin den Führer noch einmal, dafür zu

sorgen, „daß der Kampf in der Partei gegen Kirche und Konfessionen aufhört“.

Am 1. Dezember dann legt Hitler in der Kabinettsitzung seine Gedanken zur Begründung des Hitlerjugendgesetzes vor. Eltz-Rübenach meldet sich als einziger Reichsminister zu Wort. Er äußert noch einmal seine Bedenken gegen das Gesetz und stellt fest, daß in der Hitlerjugend die Jungen, die noch zur Kirche gehen, verspottet werden. Es könne nicht gutgehen, wenn der Jugend das abgeräumt werden solle, was den Eltern heilig ist. Der Minister schloß seinen Einwand mit einem Hinweis auf das Gespräch mit Hitler, dem er entnommen habe, daß „der Führer diese konfessionsfeindliche Haltung nicht billigt“. Er fordert Hitler dann auf, dieser seiner Auffassung in Zukunft Geltung zu verschaffen. Darauf habe ihm der Führer zugewinkelt, schreibt Eltz-Rübenach in einer Notiz, die sich in seinem Nachlaß findet.

Ich übergehe Zwischenstufen der relativ kurzen Entwicklung. Am 30. Januar 1937, vier Jahre nach der Machtergreifung, will Hitler allen Kabinettsmitgliedern, die bisher nicht Mitglieder der Partei waren, das goldene Parteiabzeichen überreichen. Als Hitler auf Eltz-Rübenach zutritt, erklärt ihm der Minister nach eigener Aussage: „Mein Führer, ich habe Ihnen unlängst alle meine Sorgen und Nöte wegen der Angriffe der Partei gegen die christlichen Konfessionen vorgetragen, der Druck hat sich in der Zwischenzeit nur noch vermehrt.“ Darauf Hitler: „Was wollen Sie damit sagen?“ Eltz-Rübenach: „Wenn ich nun in die Partei eintreten soll, so bitte ich, mir zu bestätigen, daß Sie den Kampf, den gewisse Parteistellen gegen die Kirchen und ihre Einrichtungen führen, nicht gutheißen.“ Hitler: „Ich kann die Überreichung dieses Ehrenzeichens nicht an Bedingungen knüpfen.“ Darauf Eltz-Rübenach: „Dann bitte ich um meine Entlassung.“ Die Sitzung ist daraufhin sehr schnell zu Ende. Hitler verabschiedet sich von allen Teilnehmern mit Händedruck. An Eltz-Rübenach geht er vorbei. Dr. Hjalmar Schacht soll an diesem Tag gesagt haben: „Ich habe nicht gewußt, daß es noch solche Männer im Deutschen Reich gibt.“

Das Entlassungsgesuch des Reichsverkehrsministers zeigt dann wieder den apolitischen Menschen, der immer noch nicht begriffen hat, wohin Hitlers Politik eigentlich zielt. Eltz-Rübenach ist so unpolitisch, daß ihn der Terror des Nationalsozialismus nie voll getroffen hat. Man glaubte, ihn nur aushungern zu brauchen, aber Freunde haben ihn und seine Familie am Leben erhalten. Unbeirrt verteidigt er nun die katholische Kirche gegen aktuelle Angriffe in dem kleinen ländlichen Bereich, in den er sich zurückgezogen hat. War das nun Widerstand? Die Bauern und die Gemeinde, in der er lebte, waren davon überzeugt.

Man wird diesem Manne Gerechtigkeit widerfahren lassen müssen. Ich sage das gerade, weil ich aus seinem Munde die unbegreiflichsten Dinge gehört habe. Für ihn war im Jahre 1934 das Wort des preußischen Ministerpräsidenten, auch wenn er Hermann Göring hieß, unumstößlich und lautere Wahrheit. Die „blauen Augen“ Hermann Görings waren ihm Bestätigung genug, um einen Mitarbeiter des Selbstmords zu bezichtigen. Aber Menschen gehen weite Wege, bis sie sich wandeln, und wir müssen Bekehrungen doch wohl anerkennen, so begrenzt sie auch sein mögen. Die Kirche jedenfalls muß ihr Reden und Tun immer auf Bekehrung, Veränderung hin anlegen.

Kehren wir noch einmal zurück zur Frage, was Widerstand ist. Daß es „passiven“ Widerstand in der Kirche gab, wird ernsthaft nicht bestritten. Hat es in der katholischen Kirche aktiven Widerstand gegeben? Und da ist wieder zu fragen, was man darunter eigentlich versteht.

1935 macht ein Journalist den gerade nach Berlin gekommenen Bischof Konrad Graf von Preysing darauf aufmerksam, wie sehr gerade getaufte Juden in immer größere Not geraten. Preysing nimmt diese Anregung Dr. Heinrich Krones, des späteren Bundesministers, sofort auf und vertraut die Judenhilfe Dompropst Bernhard Lichtenberg an. Lichtenberg und seine Mitarbeiter schreiben unermüdlich Briefe, um die Emigration von getauften Juden, aber auch von Juden überhaupt zu fördern.

Dann kommen die Pogrome vom 9./10. November 1938, die Zerstörung der Synagogen und jüdischen Geschäfte und Wohnungen. Von da an betet Dompropst Bernhard Lichtenberg in der Kathedrale des Bistums Berlin, 1000 Meter von der Reichskanzlei entfernt, jeden Abend öffentlich und laut für die verfolgten Juden. Erst im Jahre 1941 wird er denunziert, verurteilt, ist zwei Jahre in Tegel in Haft und stirbt schließlich auf dem Transport in das Konzentrationslager Dachau.

Widerstand eines einzelnen? Über zwei Jahre haben die Menschen, die sein Abendgebet in St. Hedwig hörten, offensichtlich sich weitgehend mit diesem Gebet solidarisiert. Dazu: Lichtenberg hielt dieses Gebet mit Wissen seines Bischofs. Er hat nie aus dem Munde seines Bischofs irgendein Wort des Tadels oder des Vorwurfs gehört. Im Gegenteil: in das Gefängnis konnte Bischof Preysing dem Inhaftierten den ausdrücklichen Segenswunsch Pius' XII. übermitteln.

Bernhard Lichtenberg ist oft gewürdigt worden. Ich übergehe daher Einzelheiten seines Schicksals und stelle nur fest: die von ihm initiierte Judenhilfe ist bis in die letzten Tage des Krieges weitergegangen. Mit ihr ist

der Name von Frau Dr. Margarete Sommer verbunden. Sie hat geholfen, wo sie helfen konnte.

Ist das aktiver Widerstand? Frau Dr. Sommer hat selbst die Frage gestellt, ob dies ausreichend gewesen wäre. Sie wußte es nach dem Kriege nicht zu beantworten. In jenen Tagen selbst war sie überzeugt, das Mögliche und Notwendige zu tun, und immerhin ist es ihr und ihren Freunden offenbar gelungen, das Gesetz über die Zwangsehescheidung rassistisch gemischter Paare zu verhindern. Der Gesetzentwurf des Reichsinnenministeriums war im Berliner Ordinariat rechtzeitig bekanntgeworden. Ihn überbrachte ein evangelischer Geistlicher nach Breslau und kam von dort mit einem flammenden Protest Kardinal Bertrams zurück, der unmittelbar an Hitler persönlich gerichtet war. Der Kardinal drohte einen Hirtenbrief an für den Fall, daß dieser Entwurf Gesetz werde. Hier wich Hitler zurück, weil er noch nicht öffentlich bloßgestellt war. Wo Hitler sich offen angegriffen sah, versteifte er sich. Der Zufall, daß ein Referentenentwurf aus dem Reichsinnenministerium herausgelangte, hat die Verhinderung dieses Gesetzes ermöglicht. Es war ein einmaliger Fall, ein ähnlicher ist nicht bekannt.

Wer heute die Bischöfe tadelt, daß sie nicht öffentlich gegen die Judenverfolgung protestiert haben, muß wissen, daß dies einmal durch die holländischen Bischöfe geschehen und gescheitert ist. Allerdings erhebt sich die Frage, wem dieser öffentliche Protest genützt hat. Er hat den Abtransport der getauften Juden aus Holland beschleunigt. Darunter war die Karmelitin Edith Stein. Kein Mensch weiß, ob es in mühseligen, langwierigen Verhandlungen gelungen wäre, wenigstens einige der Juden zu retten. Der öffentliche Protest war in diesem Fall nur als ein Aufschrei ein Wert für sich. Geholfen hat er niemandem.

Vielleicht ist hier auch der Hinweis notwendig, daß die Macht der Kirche oder ihr Einfluß oft bei weitem überschätzt wird. Die Nationalsozialisten hatten vor allem nach der Enzyklika Papst Pius' XI. „Mit brennender Sorge“ eine Propagandawelle gegen die Kirche entfesselt, die, wie die Zeitgenossen aus beiden Lagern, der Kirche und der Nationalsozialisten, berichten, zeitweilig eine Pogromstimmung heraufbeschwor. Da gab es eine Welle von Devisenprozessen und später von Sittlichkeitsprozessen gegen Priester, Ordensschwestern, Ordensbrüder, die bei vielen Menschen ganz sicher die Autorität der Kirche und ihr moralisches Ansehen erschüttert haben.

Einen Fall möchte ich noch einmal genauer vorstellen, weil er in vielem typisch war. Am 13. Dezember 1942, als die Schlacht von Stalingrad auf ihrem Höhepunkt war, ließ Bischof Graf von Preysing einen Hirten-

brief über die Grundsätze des Rechts auf allen Kanzeln seines Bistums verlesen. Er wurde gleichzeitig in allen nord- und westdeutschen Diözesen zur Verlesung gebracht, also von Stolp im Osten bis nach Frankfurt/Main, von Trier bis nach Flensburg. Dabei muß man sich klarmachen, daß Tausende von Priestern den Mut hatten, den Hirtenbrief zu verlesen, der zuvor vervielfältigt und durch Kuriere in die einzelnen Pfarreien gebracht worden war. Meist wurde die Gestapo von solchen Hirtenbriefen völlig überrascht. BBC London hat zu diesem Hirtenbrief, der auch über den Sender verbreitet wurde, gesagt, der Bischof von Berlin erinnere in seinen Ausführungen an das Wirken der Kirchenväter in den ersten Jahrhunderten. Der Hirtenbrief wurde im vollen Wortlaut im amerikanischen Repräsentantenhaus verlesen.

Wenn Sie nun den Text hören, werden sie ihn vergleichsweise für zahm halten. Er ist wahrscheinlich in seiner ganzen Schärfe nur aus dem Kontext der Stunde zu verstehen. Ich zitiere: „Recht ist also in seinem tiefsten Grund ein Wert, der auf ewigen Grundlagen ruht. In seiner Gesamtheit ist es unabhängig von der Willkür des Menschen. Recht ist das, was den das Gemeinschaftsleben ordnenden, unwandelbaren Grundsätzen entspricht, die Gott in die Herzen der Menschen geschrieben hat. Ein solcher Grundsatz ist: Was ihr wollt, daß euch die Menschen tun, das sollt ihr ihnen tun. Ein solcher Grundsatz ist, daß das Leben der unschuldigen Einzelperson, ob des ungeborenen Kindes, ob des altersschwachen Greises, heilig ist und daß nicht Unschuldige mit Schuldigen oder an der Stelle Schuldiger bestraft werden dürfen. Einen Menschen zu töten, ist nur erlaubt zur Bestrafung der Verbrechen durch die Obrigkeit, der Verteidigung des Vaterlandes oder in gerechter Notwehr. Recht ist nicht eine freie Schöpfung des Menschen, Recht ist nicht in die Willkür des einzelnen gelegt, nicht in die Machtfülle der Gemeinschaft, wenn auch begründeterweise bei einzelnen Völkern die Rechtssysteme verschiedenartig sich ausgebildet haben. Recht kann nicht daran erkannt werden, ob eine Handlung Nutzen bringt oder nicht. Das Recht des einzelnen wie der Gemeinschaft hat seine Grenzen im ewigen Recht.“

Diese Formulierungen mögen uns vorsichtig und allzu verschlüsselt erscheinen, doch hat das sicher damals jeder so verstanden, wie es verstanden werden mußte.

Anfang Februar 1943 erfolgte im Bistum Berlin ein „Gegenschlag“. Jedenfalls will es mir so erscheinen. Im Bereich von Stettin wurden 13 Priester des Bistums verhaftet, vier von ihnen wurden später hingerichtet, drei starben während der Haft. Gegen jeden der Priester fand man einen Vorwand, ihn zu verurteilen. Sie hatten Fremdarbeiter materiell unterstützt. Sie hatten, wie man das nannte, Wehrkraftzersetzung betrieben,

also mit Soldaten zu offen geredet und angeblich Spionage getrieben, ein Vorwurf, der sich allerdings vor Gericht nicht erhärten ließ. Der Vorsitzende des Reichskriegsgerichts hat offen erklärt, daß die einzige Schuld der drei Männer, die vor seinem Gericht standen, sei, daß sie katholische Priester sind. Er konnte es auch nicht mit seinem Gewissen vereinbaren, das Todesurteil zu verkünden. Er beging in der Nacht vor der Urteilsverkündung Selbstmord.

Im Grunde war gegen jeden katholischen Priester in Deutschland auf Grund seines priesterlichen Verhaltens eine Anklage zu finden. In den Fall Stettin sind auch Laien hineingezogen worden. Ein junger Berliner Jurist, damals Kriegsverwaltungsrat, starb unter dem Fallbeil. Um Priester hatten sich an vielen Orten – in Pommern ebenso wie anderswo – Zellen gebildet, nicht Zellen des Widerstands, sondern kleine Gemeinschaften, in denen man versuchte, sich gegenseitig Mut zu machen. Wer aber in solchen Zellen mitarbeitete, war in Gefahr.

Darf ich noch eines anfügen, weil es so oft vergessen wird. Drei Priester des Bistums Berlin haben ihr Leben gelassen, weil sie für Polen eingetreten sind. August Froehlich, der Pfarrer in Rathenow, hat bei einer optischen Firma in dieser Stadt protestiert, weil polnische Arbeiterinnen dort geschlagen wurden. Zur Gestapo zitiert, kam er, weil er ein dekoriertes Offizier des Weltkrieges war, zunächst mit einer Verwarnung davon. Als er aber bei wiederholten Mißhandlungen erneut Protest erhob, wurde er verhaftet, in ein KZ gebracht und starb später in Dachau.

Gab es unter Katholiken aktiven Widerstand? Was August Froehlich tat, war doch wohl aktiver Widerstand. Wer Galen-Hirtenbriefe abschrieb und verteilte, leistete er nicht aktiven Widerstand? Oder ist aktiver Widerstand nur der Versuch des Umsturzes? Wer Juden verbarg, suchte Leben zu retten. Ich meine, das war aktiver Widerstand. Das haben viele einzelne getan. Viele machten später kein Aufhebens davon. Sie fanden ihr Tun selbstverständlich.

Stauffenberg war gläubiger Katholik. Er hat Anfang Juli 1944 Bischof Graf Preysing besucht. Über den Inhalt des Gesprächs ist nichts bekannt. Zum Kreisauer Kreis um James Graf Moltke gehörten die Jesuiten Delp, Rösch und König. Sie hatten Verbindung zum Bischof von Fulda. Viele Namen wären zu nennen.

Ich weiß aber, daß nun manche sagen werden, das sei eine Heldendarstellung, ich hätte alle Schwächen der Kirche ausgelassen. Ich weiß um sehr viele Schwächen. Ich weiß, daß wir damals als junge Studenten uns manchmal eine schärfere Sprache der Bischöfe gewünscht hätten. Ich



weiß aber auch, daß Bischof Graf von Preysing, der als der konsequenteste Gegner Hitlers im Episkopat galt, nach dem Kriege nicht gewagt hat zu beurteilen, welches nun die richtige Taktik Hitler gegenüber war, die konziliantere Politik des Breslauer Kardinals Bertram oder seine eigene schärfere Linie, die, wenn er es vermocht hätte, sicher noch schärfer hätte durchgeführt werden sollen. Es ist hinterher leicht zu urteilen.

Meine Darstellung kommt nicht nur aus einer tiefen Liebe zu meiner Kirche, sondern mehr noch aus dem Wunsch, Menschen, auch schwachen Menschen, gerecht zu werden, die unter schwersten Belastungen versucht haben, ihrem Gewissen gemäß zu handeln. Dieses Handeln mag vom heutigen Standpunkt aus unzulänglich erscheinen, aber sie haben – manchmal unter Einsatz ihres Lebens – versucht, das, was ihnen mit der Kraft Gottes möglich war, zu tun. Alles andere muß ich dem Urteil Gottes überlassen.

*Der folgende Hirtenbrief verwarf die Grundprinzipien der nationalsozialistischen Weltanschauung in Bezug auf das Recht und verurteilte die aus diesen Grundanschauungen erwachsenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.*

## **Hirtenbrief des Bischofs von Berlin vom 13. Dezember 1942**

*Meine lieben Diözesanen!*

Die Adventszeit ist uns immer, und in diesem Jahre insbesondere, eine Mahnung zur Einkehr. Wir sehen die große Gestalt des hl. Johannes des Täufers vor uns, des Künders der Wahrheit und des Verfechters ewigen Rechtes, und hören seinen Ruf: Metanoete – Denket um! (Mt. 3, 2). Und so scheint mir, meine lieben Diözesanen, gerade die Adventszeit auch für uns die Gelegenheit, zu fragen: In welcher Hinsicht muß die Welt umdenken, nachdem ihre bisherigen Grundsätze sie in Not und Leid geführt haben?

„Justitia et iudicium praeparatio sedis tuae“, „Gerechtigkeit und Recht sind die Grundfesten deines Thrones“, sagt der Psalmist. So wenig der Aufruhr der abtrünnigen Engel den Thron Gottes erschüttern konnte, so wenig kann die Menschheit die Grundfesten der Gottesherrschaft umstoßen. An diesen Grundfesten der Gottesherrschaft muß sich das Leben der einzelnen und der Völker orientieren, an diesen Grundfesten der Gottesherrschaft wird sich der Wert jedes einzelnen und der Völker entscheiden, an diesen Grundfesten der Gottesherrschaft wird jede Abweichung von Recht und Gerechtigkeit früher oder später zerschellen. Gott ist gerecht, ja er ist selbst die ewige Gerechtigkeit. Und darum verlangt er Gerechtigkeit auch von uns Menschen, die er nach seinem Ebenbilde erschaffen und zur Teilnahme an seinem ewigen Leben bestimmt hat. Er hat uns ausgestattet mit dem Licht der Vernunft, so daß wir erkennen können, was die Gerechtigkeit fordert, und Recht und Unrecht unterscheiden. Er hat in die Menschennatur hineingelegt eine natürliche Hinordnung zur Gerechtigkeit, einen natürlichen Abscheu vor der Vergewaltigung des Rechtes.

Recht ist also in seinem tiefsten Grund ein Wert, der auf ewigen Grundlagen ruht. In seiner Gesamtheit ist es unabhängig von der Willkür des Menschen. Recht ist das, was den das Gemeinschaftsleben ordnenden unwandelbaren Grundsätzen entspricht, die Gott in die Herzen der Menschen geschrieben hat. Ein solcher Grundsatz ist: „Was ihr wollt, das euch die Menschen tun, das sollt ihr ihnen tun“. Ein solcher Grundsatz

ist, daß das Leben der unschuldigen Einzelperson, ob des ungeborenen Kindes, ob des altersschwachen Greises, heilig ist, und daß nicht Unschuldige mit Schuldigen oder an Stelle Schuldiger gestraft werden dürfen. Einen Menschen zu töten, ist nur erlaubt zur Bestrafung der Verbrechen durch die Obrigkeit, zur Verteidigung des Vaterlandes oder in gerechter Notwehr.

Recht ist nicht eine freie Schöpfung des Menschen. Recht ist nicht in die Willkür des einzelnen gelegt, nicht in die Machtfülle der Gemeinschaft, wenn auch begründeterweise bei den einzelnen Völkern die Rechtssysteme verschiedenartig sich ausgebildet haben. Recht kann nicht daran erkannt werden, ob eine Handlung Nutzen bringt oder nicht. Das Recht des einzelnen wie der Gemeinschaft hat seine Grenzen im ewigen Recht. Gegen dieses ewige Recht kann der einzelne nicht Recht schaffen, nicht Recht setzen; es kann dies auch die Gemeinschaft nicht tun; auch sie ist gebunden an das Recht, dessen Grundsätze in jedes Menschen Brust eingegraben sind. Es gibt ein ewiges, außerhalb menschlichen Willens liegendes, von Gott garantiertes Recht, eine klare und bleibende Scheidung von Gut und Böse, von erlaubt und unerlaubt.

Die Leugnung der Existenz eines objektiven Rechtes kommt aus der Nichtanerkennung der unbedingten Herrschaftsrechte Gottes. Wenn die Grundlage des Rechtes nicht außerhalb und über der Einzelpersonlichkeit, der Nation, ja auch außerhalb und über der ganzen Menschheit liegt, dann sind die Rechtsgrundsätze nach Zeit und Ort und Eigenart der Persönlichkeit oder des Volkes wandelbar durch den Willen des Menschen, und damit hört der Begriff des Rechtes auf. Recht ist etwas, das sich auch gegen das Interesse des einzelnen und der Nation durchsetzen muß. Das Recht des Menschen muß auf dem Herrschaftsrechte Gottes beruhen, sein Streben nach Recht sich auf Rechtsgrundlagen aufbauen, die Gott in die menschliche Natur gelegt. Erst wenn die Herrschaftsrechte Gottes anerkannt sind, dann kann menschliches Recht der Willkür des Menschen entzogen sein, kann es Grundlage eines gesunden Staatswesens, Grundlage der Familie, Grundlage eines menschenwürdigen Daseins des einzelnen, aber auch die Grundlage des Zusammenlebens der Völker auf der Erde sein.

Die Auflehnung gegen die Herrscherrechte Gottes hat im 18. Jahrhundert in großem Ausmaß ihren Anfang genommen. Es wurde dort der Primat der menschlichen Vernunft erklärt, der einzelne als autonom, als sein eigener Gesetzgeber. Aus der Vernunft sollte alles Recht abgeleitet werden, unabhängig von Gottes Gesetz.

Die Kirche ist wie allen Zeitirrtümern auch diesem gegenübergetreten. Sie hat im Syllabus die Zeitirrtümer des Liberalismus verurteilt. Sein tiefster Irrtum liegt nicht in der Überbetonung des Rechtes des einzelnen gegenüber der Gemeinschaft, er liegt in der Leugnung der Herrscherrechte Gottes, liegt in der Loslösung der Menschheit vom ewigen Gesetz. Aus dieser Wurzel kommt die Lehre von der schrankenlosen Freiheit und Selbstbestimmung des Menschen.

Im Laufe der Entwicklung hat die Philosophie den Schritt vom Individualismus zu einer Art Kollektivismus gemacht. Sie hat nicht mehr den Einzelmenschen, sondern einer Gesamtheit, sei es der Menschheit, sei es einem einzelnen Volke, völlige Souveränität in Recht und Sitte zugesprochen. Ob dabei der Name Gottes genannt oder unterdrückt wurde, das, was Gott genannt wurde, war nicht der eine und dreieinige Gott, der Schöpfer und Erhalter, der Ursprung und das Endziel aller Kreatur, sondern er war gleichsam verhaftet an die Menschheit, an das einzelne Volk, an den Staat. Der Staat ward aufgefaßt als Manifestation, ja als Inkarnation dieses Gottes. Es war ein Gott, der mit dem einen wahren Gott nichts als den Namen gemeinsam hatte. Man sprach von Freiheit und Unabhängigkeit des einzelnen oder der Gemeinschaft. Aber dies ist nicht die Freiheit, die vom ewigen Gesetz geschützt wird, ist nicht die Freiheit, die aus der Wahrheit stammt, ist nicht die wahre Freiheit.

Aus dieser Verwerfung der Herrscherrechte Gottes ergibt sich Rechtsunsicherheit und Rechtsverwirrung, ja Rechtlosigkeit. Es wird an die Stelle der Gerechtigkeit die Macht gesetzt, an die Stelle des Rechtes der Nutzen. Wenn man sich einmal auf diesen Standpunkt gestellt hat, so ist das Wort Recht seines Inhaltes beraubt. Wenn die Menschen, ob es sich um den einzelnen, um größere Gemeinschaften, um Völker handelt, sich nicht an ein unverrückbares, ewiges Gesetz gebunden fühlen, so kann nur Kampf und Streit, Haß und Zwietracht, Unordnung und Chaos entstehen.

Wenn tatsächlich Macht Recht schafft und Recht ist, dann kann es kein friedliches Zusammenleben der einzelnen, der kleineren Gemeinschaften, der Völker geben. Dann muß notwendig der Kampf aller gegen alle einsetzen. Der Mächtige siegt, bis einer zu noch größerer Macht erstarkt und ihn wieder stürzt; es entsteht ein Leben, das nicht menschenwürdig ist, sondern an den Daseinskampf der vernunftlosen Geschöpfe erinnert.

Die Anerkennung der Herrscherrechte Gottes sichert dem einzelnen, der Familie, dem Staat das jedem zugehörige Recht. Nicht weit sind die Zeiten hinter uns, da das Recht des einzelnen so stark betont wurde, daß

die Rechte der Gemeinschaften, der Familie, der Gemeinde, des Gemeinwesens ungebührlich zurückgetreten sind. Gegen diesen schrankenlosen Individualismus ist die Kirche entschieden aufgetreten. Mit demselben Nachdruck tritt sie aber auch gegen die Aufhebung oder die ungebührliche Einengung des Rechtes des einzelnen auf. Der einzelne kann und darf nicht völlig aufgehen im Staate oder im Volke oder in der Rasse. Er, wer immer es sei, hat seine unsterbliche Seele, sein ewiges Schicksal. Er ist und bleibt für sich und jede seiner Taten verantwortlich. Gott hat ihm die Freiheit gegeben, und diese Freiheit muß ihm bleiben. Wie weit das gemeinsame Wohl auf die Freiheit des einzelnen Einfluß nehmen kann, das ist bei den verschiedenen Völkern und in verschiedenen Zeiten verschieden gewesen. Aber das eine ist und bleibt sicher, daß keine Gewalt der Erde es unternehmen darf, einen Menschen zu Äußerungen oder Handlungen zu zwingen, die gegen sein Gewissen, die gegen die Wahrheit wären. Es ist sicher, daß in einem solchen Falle das Wort des Petrus gilt, das die Grundlage der Freiheit der abendländisch-christlichen Welt geworden ist. Vor den Hohen Rat gerufen, verwarnt, nicht mehr im Namen Jesu zu irgendeinem Menschen zu reden, sprechen Petrus und Johannes: „Urteilt selbst, ob es recht ist vor Gott, euch mehr zu gehorchen als Gott“ (Apg. 4, 18, 19). Aus dieser Freiheit wird auch die Gemeinschaft ihren Nutzen ziehen, denn nur der freie Anschluß an die Gemeinschaft wird auf die Dauer bei schwerer Belastung standhalten.

Auch die Rechte der Familie sind Urrechte. Eine übergeordnete irdische Gemeinschaft kann ihr diese Rechte nicht nehmen, weil sie der Familie nicht von einer irdischen Gemeinschaft, sondern von Gott gegeben worden sind. Eltern haben ihren Kindern gegenüber Rechte und Pflichten, die ihnen nicht von einem übergeordneten Gemeinwesen abgenommen werden können. Zu diesen Rechten und Pflichten gehört — und das ist ein Gedanke, den der Heilige Vater oft und oft schon ausgesprochen hat — die religiöse Unterweisung und Erziehung der Kinder. Das ist ein Heiligtum, in das keine andere Macht eingreifen darf. Die Eltern haben das Recht und die Pflicht, die Kinder zu Christus zu bringen; und jeder Versuch, innerhalb der Familie oder von außen her diese Erziehung zu erschweren oder unmöglich zu machen, ist ein Unrecht.

Ein Staat, der die gottgegebenen Rechte achtet und sein Recht von Gott herleitet, begründet dadurch am tiefsten die Achtung vor der Autorität in den Herzen seiner Untertanen. Alle anderen Begründungen der Autorität sind unsicher; sie unterliegen dem Wechsel. Unverrückbar aber steht Gottes Wort, das die bestehende Gewalt als von Gott herrührend kennzeichnet und darum Gehorsam fordert, Gehorsam, der seine Schranken in Gottes Wort und Willen findet.

Wie die letzten Grundsätze des Rechtes nicht zeitbedingt sind, nicht Ausfluß völkischer Eigenart sein können, so kann das Recht und die Inanspruchnahme von Rechten und die Ausübung solcher Rechte auch nicht das Vorrecht eines einzelnen Volkes sein. Wer immer Menschenantlitz trägt, hat Rechte, die ihm keine irdische Gewalt nehmen darf. Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Menschheit, daß das Recht der Fremden sich immer mehr entwickelt hat, daß das Völkerrecht diese Rechte näher umgrenzt und festlegt. All die Urrechte, die der Mensch hat, das Recht auf Leben, auf Unversehrtheit, auf Freiheit, auf Eigentum, auf eine Ehe, deren Bestand nicht von staatlicher Willkür abhängt, können und dürfen auch dem nicht abgesprochen werden, der nicht unseres Blutes ist oder nicht unsere Sprache spricht. Ein deutscher Philosoph, der für allzu viele richtunggebend geworden ist, hat hier einen verhängnisvollen Einfluß geübt. Er stellte auf, daß für besonders veranlagte Einzelpersönlichkeiten und für hochbegabte Völker es ein Jenseits von Gut und Böse, ein Jenseits von Recht und Unrecht gebe, daß sie frei seien, sich über all das, was Recht und Sittlichkeit gebieten, hinwegzusetzen; daß es ein ihnen zukommendes Recht sei, schwächeren Naturen und Völkern, die auf tieferer Kulturstufe stehen oder wirklich oder vermeintlich nicht soviel Vorzüge aufweisen, jedes Recht zu nehmen. Und es hängt mit diesem furchtbaren System zuinnerst zusammen, daß dieser Philosoph wie kein anderer die Existenz Gottes leugnet und damit eben auch die Existenz eines allgemein verbindlichen Rechtes.

Vor diesen Theorien muß ich euch, meine lieben Diözesanen, warnen. Gerade im Krieg, wo Macht gegen Macht steht, und Macht scheinbar alles vermag, stehen wir in Gefahr, das Recht gering einzuschätzen. Und doch kann nur durch die Anerkennung und Achtung des Rechtes für alle eine bessere Zukunft, ein gerechter Friede begründet werden. Prüfen wir uns selbst, wie weit der Gedanke eines ewigen, unwandelbaren Rechtes in uns lebt, wie weit wir der Überzeugung sind, daß gewisse Urrechte des Menschen keinem, wer immer es sei, versagt werden dürfen. Wir müssen uns klar darüber bleiben, daß ein Versagen solcher Rechte oder gar ein grausames Vorgehen gegen unsere Mitmenschen ein Unrecht am fremden, aber auch am eigenen Volke ist. Wenn einmal, so gilt hier der Satz: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären.“

Meine lieben Diözesanen! Metanoete! Denket um! So rufe ich euch zu. Kein Irrtum, der sich in der Welt breit macht, bleibt ganz ohne Einfluß selbst auf treue Kinder der Kirche, auf solche, die wahre Jünger Jesu sein wollen. Halten wir daran fest, daß jedem sein Recht gegeben werden muß. Halten wir daran fest, daß dieses Recht alle schützt, die keiner persönlichen Schuld zu zeihen sind. Und halten wir weiter noch daran fest,

daß dieses Recht allgemein und für alle gilt. Wir wollen im persönlichen Leben nie etwas beanspruchen, worauf wir kein Recht haben, nie etwas verweigern, was einem anderen zusteht. Wir wollen den Geist der Redlichkeit, der Gerechtigkeit in uns pflegen. Bedenken wir immer, daß, wenn wir fremdes Recht achten, wir damit Gottes Herrscherrecht anerkennen und bekennen.

Es segne euch der allmächtige Gott, der Vater † der Sohn † und der Heilige Geist †. Amen.

† Konrad  
Bischof von Berlin

## Zur Person:

Erich Klausener, geboren am 18. Januar 1917 in Berlin. Mit kleinen Unterbrechungen in Berlin aufgewachsen. Von 1927–1936 Schüler des „Gymnasiums am Lietzensee“, dem heutigen Canisius-Kolleg. Der Vater war Staatsbeamter, zuletzt Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium. Außerdem war er seit 1928 Vorsitzender der Katholischen Aktion im Bistum Berlin. Am 30. Juni 1934 wurde er in seinem Amtszimmer im Ministerium ermordet. Der Sohn begann 1936 das Studium der katholischen Theologie in Frankfurt/Main, wurde 1940 Soldat, geriet 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach Wiederaufnahme des Studiums am 22. Dezember 1946 in Berlin Priesterweihe. Seit Januar 1947 Kaplan in Berliner Gemeinden. Seit 1. April 1953 Redakteur des Petrusblattes, 1962 Ordinariatsrat, und 1967 Domkapitular. Gegenwärtig Leiter des Dezernats Erwachsenenbildung und Kulturelle Fragen im Bischöflichen Ordinariat, zugleich Geschäftsführer des Morus-Verlages und Geschäftsführender Redakteur des Petrusblattes. Sehr frühzeitig engagiert an der kirchlichen Fernseharbeit, heute Mitglied des Rundfunkrats des SFB als Vertreter der katholischen Kirche. Veröffentlichte einige Bücher, vor allem zu zeitgeschichtlichen Fragen.

© 1983 Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
Stauffenbergstraße 11-14, 1000 Berlin 30  
2. Auflage 1985  
Redaktion: Nicolaus Starost  
Druck: Wilhelm Möller KG Druck und Verlag,  
Oranien dampf 48, 1000 Berlin 28  
ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.